

## Rede über Bürgerschaftliches Engagement zum traditionellen Neujahrsempfang der SPD-Hambergen am 13. Januar 2008

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen und Euch allen ein frohes, gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 2008. In Mittelpunkt eines Neujahrsempfangs stehen natürlich gute Gespräche über die Fragen und Themen, die uns alle bewegen. Dieser Austausch in lockerer Atmosphäre ist manchmal viel wichtiger als jede Sitzung, die man so zu bestreiten hat. Denn oft werden in solchen Runden gute Lösungen für einzelne Probleme gefunden. Diesen Dialog finde auch ich wichtig. Und auch deswegen werde ich mich heute kurz fassen, damit wir zusammen auch in diesen Dialog eintreten können.

Wir wissen alle, dass ein Jahreswechsel keine wirkliche Zäsur im Leben ist. Aber er gibt schon frischen Elan, die Dinge neu in die Hand zu nehmen und er eröffnet neue Perspektiven. Für mich ist dieser Jahreswechsel auch mit viel Spannung verbunden – das gebe ich gerne zu. Denn wir stehen zwei Wochen vor der Landtagswahl in Niedersachsen. Und die politischen Parteien und ihre Kandidaten kämpfen um die Zustimmung für ihre Konzepte.

Sie wissen, die Wahlkreise sind neu zusammengeschnitten. Der Wahlkreis Unterweser umschließt Cuxhavener und Osterholzer Gemeinden. Als „Cuxländerin“ aus der Nachbarschaft Bokel habe ich mich seit Sommer vergangenen Jahres in Hamberger und Schwaneweder Anliegen eingearbeitet. Das fiel mir allerdings nicht schwer, denn der Landkreis Osterholz ist mir nicht fremd. Ich habe viele Jahre hier gearbeitet, bis ich im Februar 2000 an die Hochschule Bremerhaven wechselte. Vor fast genau einem Jahr rückte ich dann in den Landtag nach.

Ich habe in dieser Zeit Hambergen in vielfältiger Weise neu kennengelernt. Eines wurde dabei schnell klar: Die Menschen hier fühlen sich sehr wohl. Das merkt man in den Gesprächen, bei den vielen Festen und in den vielen Vereinen und Organisationen. Das bürgerschaftliche Engagement ist vielfältig und bunt. Beim Blick auf die Homepage der Samtgemeinde z.B. hat man die Qual der Wahl fürs Engagement: Über 90 Vereine sind aktiv. Hambergen ist damit typisch niedersächsisch.

Denn die Vereine bilden traditionell das soziale und kulturelle Rückgrat und sind wichtige Orte der Begegnung. Niedersachsen liegt engagementmäßig in der Spitzengruppe der Bundesländer: Aktuell sind ca. 2,4 Millionen Menschen über 14 Jahre in Niedersachsen freiwillig aktiv. Niedersachsen ist das Land der Vereine.

Ich finde es beeindruckend, dass sich in Niedersachsen 37 % der Bürgerinnen und Bürger in der Freizeit gemeinwohlorientiert engagieren – insbesondere im Sport. In den letzten fünf Jahren ist diese Zahl um 400.000 angewachsen.

Die vielen Aktiven in Hambergen engagieren sich in Sportvereinen, in Erntefestkomitees und sind in der Freiwilligen Feuerwehr dazu bereit, im Notfall ihr Leben für andere einzusetzen. Weitere Schwerpunkte des Engagements sind der Einsatz für Benachteiligte und Minderheiten, für den Schutz von Umwelt und Natur und besonderes im Bereich Kunst und Kultur.

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeder Mensch hat Fähigkeiten und Kenntnisse, mit denen er für andere eine unschätzbare Hilfe sein kann. Wer sich freiwillig für die Allgemeinheit engagiert, erhält dafür Dank und Bestätigung. Er stützt unser Gemeinwesen dort, wo der Staat die alleinige Verantwortung nicht tragen kann. Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement braucht aber auch beständige öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung. Dies ist für mich ein Schwerpunkt bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Denn jeder, der sich entschließt, sich zusätzlich zu seinen alltäglichen Aufgaben für das Gemeinwohl zu engagieren, bringt die Gesellschaft voran und leistet damit seinen Beitrag für ein menschliches Miteinander.

Es ist nicht selbstverständlich, sich für andere, für das Gemeinwesen zu engagieren. Dieses Engagement kostet Zeit, Kraft und manchmal auch Nerven und manchmal ist die Anerkennung dafür nur gering. Wenn wir über die Stärkung des Ehrenamtes sprechen, dann ergeben sich einige Fragen:

- Wie erreichen wir die Menschen für das Engagement?
- Wie engagieren sie sich?
- Wie können wir sie zur Teilhabe, zur Verantwortungsübernahme motivieren?
- Worin müssten die Angebote bestehen?
- Welche Formen der Anerkennung brauchen wir?

Aus der Freiwilligenstudie des Bundesfamilienministeriums für Niedersachsen wissen wir: Wer gut ausgebildet ist, sicheres Einkommen hat, den kann man fürs Engagement gewinnen. Dafür muss die Politik arbeiten, die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Dieses Engagement macht unsere Gesellschaft reich. Es zu stärken und zu fördern ist eine gute Kapitalanlage und Investition in die Zukunft. Angesichts der demografischen Entwicklung brauchen wir eine Öffnung des Engagements für neue Formen und alle Altersgruppen. Die Realität hinkt unseren Erwartungen noch hinterher. Zwar engagieren sich Jugendliche wie Ältere stark. Die Generationen bleiben aber in ihrem Engagement lieber unter sich.

Mir ist diese solidarische Bürgergesellschaft wichtig. Eine solidarische Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen. Ich sage Ihnen aber auch ganz offen: Ersetzen kann sie den Staat nicht. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Ausfallbürgen und Lückenbüßer für leere Staatskassen missbraucht werden. Wir brauchen mehr Mittel für Wohlfahrtsverbände und Vereine. Vor allem auch, um die Herausforderungen, die die Bevölkerungsentwicklung uns stellt [wir müssen uns um mehr ältere Menschen kümmern], zu bewältigen.

Bürgerschaftliches Engagement muss als Querschnittsthema in allen Politikbereichen eine Rolle spielen. Das ist mir und der SPD wichtig. Erfolgreiche Infrastrukturen müssen gefördert und Instrumente geschaffen werden, bei denen engagierte Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden.

Dabei glänzt nicht alles, was aus Gold ist. So wurde in Niedersachsen im vergangenen Jahr die neue niedersächsische Ehrenamtscard eingeführt. Eine – wie ich finde – gute Idee. Allerdings hapert es an der Umsetzung. Denn die Landesregierung hatte zwar die Karte gestaltet und lässt sie auch drucken. Aber die Umsetzung wie z.B. die Einrichtung von Vergünstigungen für die Karteninhaber wird den Kommunen überlassen – und das ohne finanzielle Zusatzmittel. Es gibt lediglich eine Anschubfinanzierung von 3.000 Euro. Daher ist es nicht verwunderlich, dass bisher die notwendige kommunale Unterstützung fehlt. Vier der 37 Landkreise in Niedersachsen haben die Ehrenamtscard eingeführt (Landkreis und Stadt Osnabrück, Wolfenbüttel, Nienburg). Das ist mau! Bisher ist die Ehrenamtscard also ein Papiertiger.

Viel wichtiger sind dagegen die Möglichkeiten zur Förderung des Ehrenamtes, die inzwischen geschaffen worden sind.

So wurde auf Bundesebene das Bürgerschaftliche Engagement als eigenes Kapitel in den Koalitionsvertrag aufgenommen und mit erheblichen Mitteln für Freiwilligendienste ausgestattet. Dazu wurden verschiedene Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes realisiert werden. Ich will hier nur einige nennen:

Allgemeiner Freibetrag von 500 Euro jährlich

- Es wird ein neuer Freibetrag in Höhe von 500 Euro pro Jahr eingeführt. Jeder ehrenamtlich Tätige kann, egal in welchem gemeinnützigem, mildtätigen oder kirchlichen Bereich er sich engagiert, von seinem Verein oder seiner Einrichtung eine steuerfreie Aufwandspauschale bis zu 500 Euro jährlich erhalten. Er muss die entstandenen Aufwendungen beim Finanzamt nicht durch Einzelnachweise belegen. Dadurch entlasten wir die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger von unnötigem bürokratischem Aufwand.

Erhöhung Übungsleiterfreibetrag

- Der Übungsleiterfreibetrag wird von 1.848 Euro auf 2.100 Euro jährlich angehoben. Durch diesen Freibetrag sind Einnahmen aus ehrenamtlicher Tätigkeit als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer, aus ehrenamtlichen künstlerischen Tätigkeiten oder der ehrenamtlichen Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen im Dienst einer gemeinnützigen Einrichtung steuerfrei.

Anhebung Zweckbetriebsgrenze

- Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften sowie die Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen wird auf jeweils 35.000 Euro Einnahmen im Jahr angehoben. Damit entlasten wir Ehrenamtliche Vorstände und Geschäftsführer der gemeinnützigen Vereine von umfangreichen Arbeiten, die für die zutreffende Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe notwendig wäre.

Mitgliedsbeiträge für Kulturfördervereine

- Der Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Kulturfördervereine kann künftig auch bei Gegenleistungen (z. B. Freikarten) geltend gemacht werden. Dies erleichtert die Buchführung der gemeinnützigen Einrichtungen und erspart den Finanzämtern in erheblichem Umfang Prüfungsaufwand.

Vereinfachter Zuwendungsnachweis

- Die Grenze für den vereinfachten Nachweis von Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) durch Bareinzahlungsbelege oder Buchungsbestätigungen des Kreditinstituts wird von 100 auf 200 Euro angehoben.

Praktische Umsetzung

- Nachdem der Bundesrat im September 2007 dem Gesetz zugestimmt hat und es im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde, ist es bereits rückwirkend zum Jahr 2007 in Kraft

getreten. Steuerpflichtige können wählen, ob sie für das Steuerveranlagungsjahr 2007 noch das alte oder bereits das neue Recht in Anspruch nehmen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Zukunft bleibt für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements noch einiges zu tun. So wird uns die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts weiterhin begleiten. Als nächste Schritte stehen u.a. Haftungsregelungen im Vereinsrecht und Zuwendungsrecht an. Ganz aktuell beschäftigt man sich in Berlin mit der Novelle zu den Jugendfreiwilligendiensten und auch zur Pflegereform, wo Qualifizierungsmaßnahmen für Engagierte in der Pflege erstmals finanziell durch Bundesmittel gefördert werden sollen.

In Niedersachsen ist es meiner Meinung nach notwendig, ein Sportstättenanierungsprogramm aufzulegen. Hier gibt es nämlich einen großen Sanierungsstau. Zudem müssen wir die Leistungen an Vereine endlich vom Haushaltsmakel „freiwillige Leistungen“ befreien. Die finanzielle Unterstützung der Vereine ist ein Muss, welches die Kommunen gerne übernehmen. Dass sie sich deswegen dauern vor den Aufsichtsbehörden rechtfertigen müssen, empfinde ich als Skandal. Die Vereine brauchen diese Gelder und die Gemeinden wissen das.

Des Weiteren ist das Engagement in Sportvereinen häufig noch durch ein soziales Gefälle geprägt. Je geringer das Einkommen und das Bildungsniveau, desto weniger ist die Mitgliedschaft in einem Sportverein. Ich wünsche mir, dass die Landespolitik zusammen mit den Vereinen einen Aktionsplan „Sport für alle“ auflegt, um diese Hürden abzusenken.

Wichtig muss uns allen sein, dass die Lust am Engagement nicht auf der Strecke bleibt. Bürgerschaftliches Engagement hält die Gesellschaft zusammen. Das muss die Politik unterstützen, sie muss Anreize schaffen und keine Stolpersteine in den Weg legen.

Die ehrenamtliche Beteiligung kann uns insgesamt froh stimmen. Sorge bereitet mir allerdings die politische Beteiligung. Denn Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen. Bürger können sich nur dann als Bürger fühlen, wenn sie Bürgerrechte haben und diese auch wahrnehmen.

Die immer weiter sinkenden Wahlbeteiligungen sind ein ernst zu nehmendes Zeichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes aus Enttäuschung und Verärgerung von der Politik abwenden. Und das, obwohl die Beteiligung von Bürgern an der Gestaltung ihrer eigenen Lebenswelt ist ein selbstverständliches Gebot der Demokratie ist. Ihre Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten ist kritische Begleitung, Hilfe und Unterstützung.

Deswegen wünsche ich mir mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten, wie z.B. Bürgerentscheide. Ein guter Schritt wurde in Niedersachsen mit der neuen Kommunalverfassung getan. Seit 1996 können die Bürger ihre Bürgermeister oder Landrat direkt wählen. Darauf gilt es weiter aufzubauen.

Nicht so einfach ist es, Menschen für die politische Mitarbeit zu bewegen. Hier gilt es für uns Politiker wie für die Parteien darüber nachzudenken, warum dies so schwer fällt. Vielleicht schrecken manche unserer Rituale die Menschen ab. Eine Demokratie braucht engagierte Parteien und Politiker auf allen Ebenen: in den Kommunen, im Land, im Bund und in Europa. Politik ist nicht unanständig. Es sind vielleicht wenige Politiker, die sich nicht anständig verhalten und die ein fatales Bild für die Öffentlichkeit prägen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein Thema zu sprechen kommen, dass uns alle in diesen Tagen beschäftigt und das auch stark im Zusammenhang steht mit bürgerschaftlichen Engagement: die Diskussion um die Kriminalität bei Jugendlichen.

Ja, es gibt zu viele junge kriminelle Ausländer. Es gibt auch zu viele junge kriminelle Deutsche, es gibt zu viele Väter, die ihre Kinder töten, es gibt zu viele Mütter, die ihre Kinder verhungern lassen, es gibt zu viele Männer, die ihre Frauen schlagen, es gibt zu viele junge Menschen mit mangelnden Sprachkenntnissen, unzureichender Bildung und fehlenden Schulabschlüssen und es gibt zu viele Politiker, die sich in Wahlkampfzeiten als populistische Brandstifter offenbaren.

Wenn wir uns als Gesellschaft mit diesen Themen beschäftigen, denn ist vor allem eine wehrhafte Demokratie gefordert. Hierzu gehören eine gut ausgestattete Polizei und gut ausgestattete Gerichte, die schnell und konsequent geltendes Recht umsetzen. Hierzu gehören aber auch die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich fürs Gemeinwohl einsetzen. Denn was unsere Gesellschaft und vor allem die Jugendlichen brauchen, sind Werte und positive Vorbilder.

Wer in der Familie Gewalt erfährt, nicht umsorgt wird oder mangelnde Unterstützung der Eltern

erlebt, der braucht in anderen Bereichen Perspektiven, um nicht auf die – wie man so sagt – schiefe Bahn zu gelangen. Hier sind natürlich in erster Linie Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhäuser gefordert. Aber auch die vielen Vereine, Institutionen und Organisationen sind wichtige Bausteine, um unseren so genannten schwierigen Jugendlichen Halt und Vorbild zu sein.

Es ist Aufgabe von Politik und Bürgerengagement, Verwahrlosung und Verrohung zu verhindern und den Menschen eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen, für die es sich lohnt zu leben, sich anzustrengen und zu arbeiten.

Daher würde ich mich freuen, wenn wir uns alle zusammen diesem wichtigen Thema sensibel annehmen und aufpassen, dass sich nicht eine Entwicklung manifestiert, die unsere friedliche und demokratische Gemeinschaft gefährdet.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen alles Gute für die Zukunft. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.